



HESSISCHER LANDTAG

29. 09. 2020

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Solidarität mit den Beschäftigten von Continental

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Continental-Konzernleitung auf, ihre hessischen Standorte nicht zu schließen und keine Arbeitsplätze abzubauen, sondern den Transformationsprozess des Unternehmens gemeinsam mit den Beschäftigten zu steuern. Der Landtag kritisiert, dass von Beginn an der Vorstand von Continental das Ziel hatte, auf Kosten der Beschäftigten die eigene Bilanz zu verbessern. Nun die Corona-Pandemie als Vorwand zu nutzen, ist heuchlerisch. Die Beschäftigten mussten bereits harte Einschnitte in der Vergangenheit in Kauf nehmen, um ihre Arbeitsplätze und die Standorte zu erhalten. Dieser radikale Konzernumbau einseitig auf Kosten der Beschäftigten ist nicht hinnehmbar.
2. Der Landtag steht solidarisch an der Seite der Beschäftigten und ihrer Familien, der Betriebsräte und Gewerkschaften und wird gemeinsam mit ihnen gegen den drastischen Stellenabbau kämpfen. Der Landtag unterstützt die Forderungen der Betriebsräte, betriebsbedingte Kündigungen abzulehnen.
3. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung viel zu lange gezögert hat, bis sie sich endlich öffentlich für den Erhalt der Arbeitsplätze und Standorte ausgesprochen hat. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung nicht von Beginn an und mit Nachdruck ihren Einfluss bei der Konzernleitung geltend gemacht hat. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung erst zwei Wochen nachdem die IG Metall und die Continental-Betriebsräte öffentlich um Hilfe gebeten hatten reagiert hat. Der Landtag stellt fest, dass der Landesregierung die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Continental nicht egal sein dürfen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dem Landtag umfassend Bericht zu erstatten, welche Schritte sie zur Rettung der Arbeitsplätze unternommen hat. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, wirkungsmächtiger aufzutreten, als sie es bisher getan hat.
5. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung den Industrie-Trialog zwar im Koalitionsvertrag vereinbart hat, diesen Trialog aber nicht tatkräftig umsetzt, um damit Impulse zu setzen – wie die fehlende Kommunikation mit den Gewerkschaften, Betriebsräten und der Continental-Konzernleitung zeigt.

Wiesbaden, 29. September 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser